



Mit Karacho in die Barbarei

Immer größere Teile des europäischen Proletariats sind empfänglich für völkische und nationale Ideologien. Ökonomische Bedingungen begünstigen diese Entwicklung. Und dann ist da noch Deutschland. Was wäre also zu tun? Anmerkungen zur Debatte von Caspar Schmidt

Die völkischen bzw. chauvinistischen Bewegungen in Europa erstarken. Schon heute müffelt es deutlich nationalistischer als noch vor dreißig Jahren. Wenn sich diese Tendenz weiter fortsetzt, wird Europa bald mehrheitlich von völkischen Parteien regiert. Neben bereits amtierenden Menschenfeinden wie der ungarischen *Fidez-Partei*, Putins *Einigem Russland* und der polnischen Partei *Recht und Gerechtigkeit* könnten bald die österreichische *FPÖ*, die italienische *Fünf-Sterne-Bewegung* und der französischen *Front National* an Regierungsgeschäften beteiligt sein. Ein bahnbrechender Erfolg der deutschen *AfD* scheint nur eine Frage der Zeit zu sein. Die jeweiligen Parteien mögen sich zwar programmatisch voneinander unterscheiden, gleichwohl bildet ihr völkisch-nationalistischer Kern und ihr zunehmendes Erstarken am rechten Rand die gemeinsame Klammer.

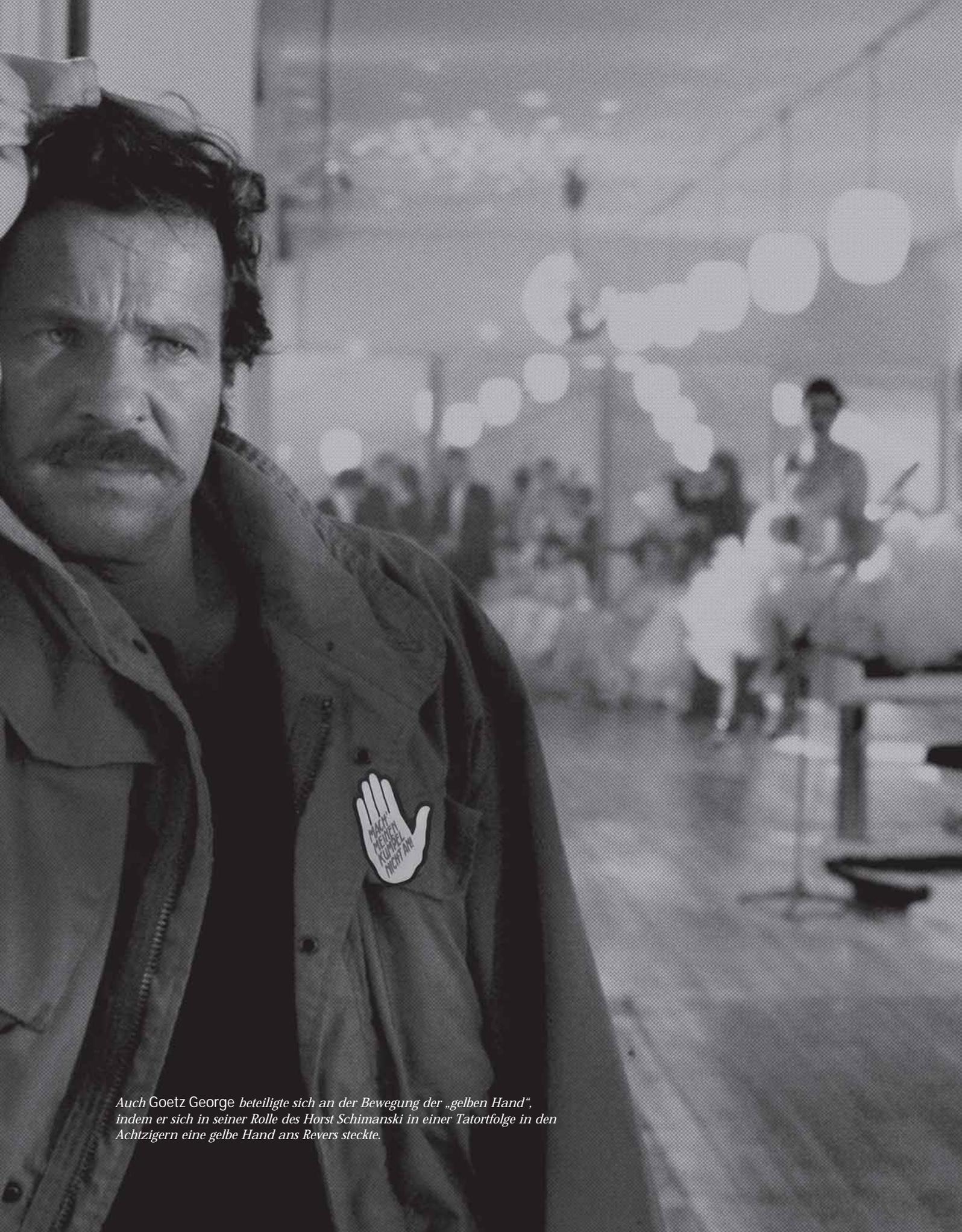
Das etablierte politische Bürgertum hat dem Rechtsruck wenig entgegenzusetzen. Eine stabile Mehrheit scheint der Auffassung zu sein, dass die Völkischen wenigstens einen wahren Problemkern aufgegriffen hätten. Und alle etablierten Lager werben damit, dass ihr jeweiliges Lager der Nation noch mehr von Nutzen sei als die ultra-nationalistische Alternative, anstatt den

erstarkenden Chauvinismus zu dekonstruieren. Das linksliberale bürgerliche Spektrum skandalisiert indes den Rassismus der extremen Rechten, getrieben von

Wer den Völkischen den Wind aus den Segeln nehmen möchte, kommt um eine politisch-ökonomische Erfassung der Lage des Proletariats nicht herum.

der Annahme, dass diese Feststellung eine abschreckende Wirkung entfalte. Die meisten Deutschen haben allerdings selbst eine rassistische Grundlage, weil sie den tiefsitzenden Webfehler verinnerlicht haben, dass deutsch nur sei, wer ‚echte deutsche‘ Eltern habe. Und mit deutsch ist landläufig nicht der Pass gemeint. Die Programmatiken der völkischen Parteien sind bürgerliche, die Kader sind

hauptsächlich bürgerliche und ihre Gefolgschaften rekrutierten sich bei ihrer Herausbildung maßgeblich aus bürgerlichen und kleinbürgerlichen Lagern. Aber keine Partei kann in Europa Mehrheiten erzielen, wenn sie nicht zumindest Teile des Proletariats hinter sich zu bringen weiß. Mit ausschließlich bürgerlichen Stimmen bleibt eine Partei auf *FDP*- oder *Grünen*-Niveau stecken und kann sich nicht zu einer sogenannten Volkspartei aufschwingen. Das Erstarken der völkischen Parteien in diesem Jahrtausend hängt also entscheidend mit ihrem erfolgreichen Zugang zu Teilen des europäischen Proletariats zusammen. Wer den Völkischen den Wind aus den Segeln nehmen möchte, kommt um eine politisch-ökonomische Erfassung der Lage des Proletariats nicht herum.



Auch Goetz George beteiligte sich an der Bewegung der „gelben Hand“, indem er sich in seiner Rolle des Horst Schimanski in einer Tatortfolge in den Achtzigern eine gelbe Hand ans Revers steckte.

Mindestlohn schützt vor Rechtsruck nicht

Als falsch hat sich die sozialdemokratische These erwiesen, dass der extremen Rechten der Boden entzogen werde, wenn nur mehr Menschen eine Arbeit hätten oder zu bescheidenem Wohlstand kämen. Es sind zumindest in Deutschland die rausgefressenen Teile des Proletariats – die Facharbeiterschaft mit Lebensversicherung und guter Rentenperspektive – die dazu neigen, völkischen Parteien ihre Stimme zu geben. Und die Wahlen 2017 werden es erneut belegen: Die *AFD* wird trotz allseits gefeierter Arbeitsmarktdaten, Mindestlohn-Erhöhung und Zulagen aller Art mit großem Tamtam in den Bundestag einziehen und weitere rechte Terrorzellen werden entstehen. Im hier beschriebenen Kontext zählen zum Proletariat im materialistischen Sinne grundsätzlich Menschen, die über kein Vermögen verfügen und nichts anderes am Markt anzubieten haben oder hätten als ihre Arbeitskraft. Das Proletariat hat keine wahrscheinliche Vermögensperspektive, weil es auf kein nennenswertes Erbe hoffen kann und nicht zu erwarten ist, dass ein Studium, eine Heirat oder Ähnliches zu Vermögen führen wird – und dessen ist es sich bewusst.

These 1: Kampf um staatliche Leistungen anstatt Klassenkampf

Mit dem Entstehen der proletarischen Selbstorganisation im 19. Jahrhundert war der Betrieb ein wesentlicher Ort der politischen Auseinandersetzung. Es ging darum, am Arbeitsplatz für bessere Arbeitsbedingungen zu kämpfen und den Kapitalbesitzenden einen Teil des mühsam erarbeiteten Mehrwerts abzurufen. Viele Arbeitenden organisierten sich dazu außerbetrieblich in „Arbeitersport“- , Spar- oder Mietvereinen, Gewerkschaften, Genossenschaften und sozialistischen Parteien. Der deutsche Staat trat den Organisierten hauptsächlich als Schwein entgegen. Die Polizei knüppelte Streiks nieder, Feldjäger zwangen die Lohnabhängigen an die Front und Todeskommandos töteten immer wieder Anführende der Bewegung. Wer ein proletarisches Klassenbewusstsein hatte, musste den Staat hauptsächlich als niederträchtiges Herrschaftsinstrument wahrnehmen. Heute sind große Teile der Industriezweige, in denen sich die proletarische Selbstorganisation herausbildete, zerstört oder in Länder außerhalb Europas verlagert worden. Zugleich erstritt insbesondere die Sozialdemokratie ein

kleines Füllhörnchen an staatlichen Leistungen für das Proletariat. Beide Effekte führten dazu, dass sich die Auseinandersetzung verlagert hat. Das Proletariat sieht sich neben der Arbeit als leistungsbeziehend (Sozialkassen, Rentenkassen, Krankenkassen, Aufstockungszuschüsse, Kindergeld, Elterngeld, Kurzarbeitsgeld etc.). Der Zugang zu diesem staatlich verwalteten Reichtum: die Staatsbürgerschaft. Damit

Der Zugang zum staatlich verwalteten Reichtum: die Staatsbürgerschaft.

ging ein affirmatives Verhältnis zum Staat und der Nation einher. Die Auseinandersetzung um ein größeres Stück vom Kuchen verlagerte sich vom Betrieb und den Arbeitskämpfen gegen die Kapitalbesitzenden sukzessive auf einen Kampf gegen die „Anderen“, also die Menschen ohne staatsbürgerlichem Status.

Die Nation wird nicht mehr als Unterdrückungsmoment wahrgenommen, das es zu etwas Besserem hin zu überwinden gilt; sie erscheint vielen Besitzlosen wie die Hüterin eines verteilbaren Topfes, als das gruppenbezogene Allgemeine eben, das es gegen weitere Nutznießende zu verteidigen gelte. Die Staatsbürgerschaft begreifen viele damit als Privileg und nicht als Zurichtung. Zuwanderung kann so auf der Basis einer rassistischen Gesellschaftsgrundlage vulgär-ökonomisch als Konkurrenz vermittelt werden. In Ländern wie Griechenland, Portugal, Irland, Belgien, den Niederlanden oder in Teilen Frankreichs, Italiens und Spaniens gibt es im Übrigen noch nennenswerte antirassistische und antinationale Proletariats- und Gewerkschaftsfraktionen. Dennoch sehen sich auch diese Bewegungen mit einem wachsenden staatsbürgerlich orientierten Proletariat konfrontiert.

These 2: Rassistische Spaltung durch Leiharbeit und Werkverträge

Als der Deutsche Gewerkschaftsbund in den 80-er Jahren - nach französischem Vorbild – die antirassistische Kampagne „Mach meinen Kumpel nicht an!“ ausrief, sah die Arbeitswelt noch anders aus als heute. Zwar gab es auch damals schon allerhand Rassismus in den Betrieben und eine unterschiedliche Behandlung von deutschen und nichtdeutschen Arbeitenden. Aber immerhin waren die meisten im Betrieb angestellt und die gewerkschaftliche Arbeit konnte sich darum drehen, die Interessen aller Lohnabhängigen gegen das Management zu vereinen. Rassismus wurde von Teilen des Gewerkschafts-Apparats zurecht als interessenspaltend empfunden und von Teilen des Proletariats ebenfalls. Mit der Deregulierung des

Arbeitsmarktes hat sich die Lage in Deutschland und zunehmend in vielen Ländern Europas stark verändert. Viele Menschen – und insbesondere am Arbeitsmarkt neu ankommende Zugewanderte – erhalten keine Verträge mehr direkt in den Betrieben, sondern werden von Zwischenfirmen angestellt. Diese vermitteln sie in Form von Leiharbeit oder Werkverträgen

weiter an die Betriebe. Damit unterwandert das Management geltende Tarifverträge und verkleinert die Stammebelegschaft. Nebenbei spaltet sich die Belegschaft aber in zwei Teile: In die häufig ‚deutschere‘ und oftmals gewerkschaftlich organisierte Stammebelegschaft und das überproportional migrantisch geprägte Proletariat der Leiharbeit- und Werkvertragsreserve. Die organisierte

Stammebelegschaft versucht, Leiharbeit und Werkverträge im Betrieb einzudämmen. Bestenfalls gelingt es ihr, eine teilweise Übernahme der Leiharbeitenden und Werkvertrags-Beschäftigten zu erzwingen. Die Regel war in den letzten Jahren allerdings, dass sich das Management in vielen Betrieben durchgesetzt hat: Teile der Stammebelegschaft setzte es auf die Straße und holte dafür Leiharbeitende in die Betriebe. Die Neuen im Betrieb erscheinen so strukturell nicht als „Kumpel“, sondern als Problem, womit die Kapitalbesitzenden und ihr Erfüllungsgefolge (Management, Kanzleien, Wirtschaftsverbände) erkämpfte Standards unterlaufen. Da der Anteil der Nicht-deutschen in Leiharbeits- und Werkvertragsverhältnissen höher ist als in den Stammebelegschaften, lässt sich die Konfliktlinie verschleiern. Der eigentliche Kampf um den Mehrwert der Arbeit (oder gar um die Produktionsmittel) kann leicht zu einem Kampf der deutschen Stammebelegschaft gegen die migrantischen ‚Lohndrücker‘ umgebogen werden. Freilich gibt es auch in Stammebelegschaften Nicht-Deutsche so wie es in proletarischen Leiharbeitsverhältnissen Deutsche gibt – und in Bayern viele Ostdeutsche. Die proportionale Verschiebung reicht allerdings aus, um rassistische Positionen im Gang zu bringen. Auch die 2015 angekommenen minderjährigen Geflüchteten werden nach ihrer Ausbildung zu einem erheblichen Teil in Leiharbeitsverhältnissen landen und sich vielerorts einer missmutigen Stammebelegschaft gegenüber sehen.

Der eigentliche Kampf um den Mehrwert der Arbeit wird zu einem Kampf der deutschen Stammebelegschaft gegen die migrantischen ‚Lohndrücker‘ umgebogen.

These 3:

Der Markt als ideeller Gesamtführer

Mittlerweile haben große Teile des Proletariats eine abstrakten Autorität nahezu totalitär verinnerlicht: die sogenannten „Gesetze des Marktes“. Viele lernen in Deutschland von Kindesbeinen an, mit ihrer Spar-

büchse zu haushalten und spätestens auf der Berufsschule ein paar Buchungssätze auswendig – und damit einhergehend, dass bei der marktwirtschaftlichen Rechnungslegung alles doch ganz ordentlich zugehe. Später im Leben erklärt das Management dann auf der Betriebsversammlung, dass ‚die Zahlen‘ hinter den Erwartungen zurückgeblieben sind und die

Beschäftigten folglich den Gürtel

enger zu schnallen haben. Diese Marktlogik wird heute allenthalben verstanden. Ein Betrieb unterliegt ‚Sachzwängen‘, er muss wirtschaften und ‚die Konkurrenz schläft nicht‘ - weshalb sich die Beschäftigten in Fleiß und Verzicht üben sollen. Mit der Verinnerlichung der Marktlogik einher geht aber auch das falsche Bewusstsein, dass es nützliche – also verwertbare – und unnütze Menschen gebe, wertvolle und weniger wertvolle, und sich das Individuum vor der Marktautorität als besonders nützlich erweisen müsse. Es verschärft sich diese Ideologisierung, wenn die Totalität des Marktes in einer Gesellschaft wirkt, die von autoritären Charakteren durchdrungen ist. Autoritäre Charaktere sind Menschen, die eine sadomasochistische Neigung innerhalb von autoritären Strukturen entwickeln. Sie unterwerfen sich hingebungsvoll gegenüber Obrigkeiten – trotz Erniedrigung – und erniedrigen andererseits ebenso hingebungsvoll Menschen, die von ihnen abhängig sind. Die kritische Sozialforschung hat die autoritären Charaktere als wesentliche Manövriermasse des Faschismus ausgemacht. Zwar ist nicht jeder Mensch mit autoritärem Charakter empfänglich für faschistisches Denken, aber ohne diese Leute funktioniert eine faschistische Bewegung auch wieder nicht. Der sogenannte „Markt“ ist heute als quasi als Naturgesetz an die Stelle getreten, wo zuvor Schicksal, Gott, Adel, Hochwürden, Wissenschaft oder der Führer als autoritäre Kraft Furore gemacht haben. „Der Markt regelt alles“ ist damit eines der zentralen Credos autoritärer Charaktere von heute, und der Betrieb ist ihre Wirkstätte, wo sie sich nach Herzenslust dem Markt unterwerfen und die Untergebenen treten können. Der Mitautor der

„Mitte-Studien“ und Sprecher des Kompetenzzentrums für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung der Universität Leipzig, Oliver Decker, bringt es in einem Interview mit der Zeitschrift *Konkret* (1/2017) auf den Punkt:

„Es sind sekundäre Autoritäten, die ihre Handlungslogik jetzt viel abstrakter vermitteln. Will sagen: die Autorität des Marktes und der Ökonomie. Auch ihr unterwerfen sich die Menschen und verzichten auf eigenen Wünsche. Der Lohn dafür ist, an der nationalen Ökonomie teilzuhaben. [...] Im Sinne der Kritischen Theorie entsteht ein autoritärer Charakter, und der ist [...] die Subjektform des Faschismus.“

Der historisch angelegte autoritäre Charakter hat sich in der Tauschgesellschaft in weiten Teilen des staatsbürgerlich orientierten Proletariats weiter verfestigt – und ist auch neu entstanden. Das Proletariat sieht sich weit überwiegend nicht mehr als lohnabhängig und damit im Gerangel mit den Besitzenden der Produktionsmittel, sondern als Vermarktende ihrer individuellen Arbeitskraft, die es gegenüber anderen Arbeitenden zu vermarkten gelte – und autoritär vor potenzieller Konkurrenz zu verteidigen. Zuwanderung in die nationale Ökonomie wird vor dem Hintergrund der Verinnerlichung der Marktlogik damit von Lohnabhängigen zunehmend als Konkurrenz aufgefasst.

Was jetzt nichts hilft

Die genannten Einflussfaktoren verstärken in einem Staat mit einer rassistischen Grundlage das falsche Bewusstsein des Proletariats. Deshalb ist es zwar in der Sache richtig, die rassistische Grundlage des Staates und einzelne rassistische Akteure zu benennen. Aufhalten kann das die aktuellen Dynamiken allerdings nicht. Der Hinweis, dass rassistisch motivierte Mordserien, Anschläge auf Geflüchteten-Lager und das Sterben an den EU-Außengrenzen mit dem landläufigen Rassismus etwas zu tun haben, ist richtig – aber es hilft wenig bis nichts. Andererseits zwingt der aktuelle Vormarsch der Barbarei antifaschistischen Menschen auf, jetzt auch zu handeln. Doch was können wir tun?

Was zu tun wäre 1:
Die Nation zurückdrängen

Deutschland hat durch seine Exportorientierung maßgeblich dazu beigetragen, dass lokale Industrie- und Dienstleistungszweige in anderen europäischen Ländern massiv unter Druck gerieten. Gestützt hat die deutsche Warenschwemme die deutsche Politik, die heimische Industriezweige seit Jahren kaum verdeckt fördert und gleichzeitig über die EU eine radikale

Marktliberalisierung in anderen europäischen Ländern vorantreibt. Die starke Deregulierung des deutschen Arbeitsmarktes verstärkte die Warenschwemme in anderen europäischen Ländern enorm. Deutschland hat seine Stellung als aggressive Wirtschaftsmacht gefestigt und allerhand Industrie- und Dienstleistungszweige

Vermarktende ihrer individuellen Arbeitskraft verteidigen diese autoritär vor potenzieller Konkurrenz.

in anderen Ländern zerstört. Das entzog wiederum antirassistischen gewerkschaftlichen Strukturen vielerorts die Grundlagen, erhöhte die Anzahl von Beziehenden staatlicher Leistungen und förderte damit die extreme Rechte in vielen europäischen Ländern nachhaltig. Zu allererst wäre also Stellung zu beziehen gegen die deutsche Wirtschaft – also den selbst-erklärten ‚Exportweltmeister‘. Alles, was dem deutschen Exporterfolg schadet, ist eine indirekte antifaschistische Aktion zuliebe der Menschen in anderen europäischen Ländern. Dazu müssten unter anderem die deutschen Gewerkschaften deutlich aggressiver zu Streiks aufrufen. In Deutschland wird nämlich so gut wie nicht gestreikt: Hier kommen sieben Streiktage auf 1000 Beschäftigte im Jahr; während es in Dänemark oder Frankreich etwa 120. Mehr Streiks hätten drei positive Effekte: Die Preise für deutsche Produkte stiegen, also gefährdeten deutsche Waren andere europäische Wirtschaften weniger stark. Die Kämpfe würden sich in Deutschland wieder mehr auf die Betriebe verlagern, weg von der Identität über die Staatsbürgerschaft. Und die Beschäftigten hätten mehr Geld in den Taschen.

Was zu tun wäre 2:
Leiharbeit abschaffen – Schulungen anbieten

Leiharbeit und Werkverträge unterlaufen die ohnehin nicht glorreichen Tarifverträge in Deutschland – und erzeugen damit Druck auf die europäische Konkurrenz. Der massenhafte Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen muss abgeschafft oder wo es geht sabotiert werden. Damit wäre auch der Spaltung der

Belegschaft in eine oftmals deutsche Stammebelegschaft und eine überproportional migrantisch geprägte Leiharbeitsreserve ein Schritt weit entgegengewirkt. Organisationen der Working Class und des Dienstleistungsproletariats sollten deutlich mehr Schulungen anbieten, die Inhalte vermitteln, die der Marktlogik grundsätzlich widersprechen. Jahrelang haben sie viel zu häufig gelehrt, dass irgendwelche 'gierige Schurken' oder „der Neoliberalismus“ „das Problem“ seien – nicht aber die bereits verinnerlichte Marktlogik des Proletariats selbst.

Was zu tun wäre 3:
Völkische Strukturen bekämpfen

Die restlichen antifaschistischen Menschen in den Funktionsebenen der Kommunen – in den Stadträten und kommunale Verwaltungen – könnten deutlich aggressiver gegen die lokale Organisation der Völkischen vorgehen als sie es heute tun. Gegen die Barbarei tritt man nicht an, indem man Menschenfeinden demokratische Privilegien sichert, sondern indem man sie davon ausschließt.

**Der aktuelle Vormarsch
der Barbarei zwingt
antifaschistischen Men-
schen auf, jetzt auch zu
handeln.**

Faschistische Kader haben nichts bei städtischen Podiumsdiskussionen verloren, völkische Organisationen sollten ihre Kundgebungen, ihre Plätze für Wahlplakate, ihre Listung auf dem Wahlzettel, ihre Stadtratsbüros und ähnliche Privilegien immer auf's Neue vor Gericht erstreiten müssen und nie ohne Not überlassen bekommen. Die deutsche Bürokratie hat sich in den letzten Jahrhunderten als bemerkenswert findig erwiesen, wenn es darum ging, einzelne Menschen mit Verordnungen, Fristen und Bluffs zu schikanieren. Nur eine Prise davon auf völkische Organisationen angewendet und eine streitlustige Kommune könnte das Leben von rassistischen Formationen merklich erschweren. Aber nicht nur bürokratische Chuzpe ist gefordert. Antifaschistisch Gesinnte müssen auch außerhalb des Apparats und außerhalb von Anti-Pegida-Protesten den völkischen Kadern intelligent entgegengetreten – in der Arbeit, auf der Straße und im Wohnblock. Nicht für sondern gegen Deutschland.<